

Per E-Mail
vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Zürich, 13. Oktober 2015

Vernehmlassung/Anhörungsantwort
Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im
Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit geben, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen und reichen innert Frist die nachfolgenden Bemerkungen ein.

I. EINLEITUNG

Der Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen (VSEI) ist der Interessenvertreter von rund 2'000 Mitgliedern in einer Branche mit über 40'000 Mitarbeitern, welche fast ausschliesslich KMU sind. Der VSEI setzt sich primär für eine faire und gute Berufsbildung zu konkurrenzfähigen Preisen ein, die unabdingbare Voraussetzung ist für eine gesunde Wirtschaft in der Schweiz allgemein.

Gleichzeitig tritt der Verband grundsätzlich und bei seinen Mitgliedern ein für eine nachhaltige Wirtschaft unter bestmöglicher Schonung von Ressourcen und Umwelt.

II. GENERELLE BEMERKUNG

Der VSEI begrüsst die beabsichtigte Gesetzesänderung, weil die Höhere Berufsbildung eine eigene Systematik hat.

Mit dem titelerwähnten Erlass wird dem Bundesrat das Recht eingeräumt, mit den Kantonen im Rahmen der Zusammenarbeit und der Koordination im Bildungsbereich eine Vereinbarung abzuschliessen, was wir begrüssen.

Für uns ist es wichtig zu betonen, dass die Höhere Berufsbildung gleichwertig zur gymnasialen Bildung ausgestaltet bleiben muss.

Die hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes i.S.d. der BV soll gefördert und eine faktenbasierte und kohärente Bildungspolitik ermöglicht werden. Auf Basis des neuen Erlasses soll die Fortführung bereits seit Jahren bestehender gemeinsamer Vorhaben von Bund und Kantonen i.S.v. Art. 61a Abs. 1 BV gewährleistet und koordiniert werden. Das BiZG soll das befristete Bundesgesetz über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraumes Schweiz ablösen. Das ist so in Ordnung. Dadurch, dass der Erlass nicht in die verfassungsmässigen Kompetenzen von Bund und Kantonen eingreift, bringt das BiZG weder neue Aufgabenzuteilungen noch neue Regulierungen. Das BiZG konkretisiert einzig, wie der Bund seine Koordinationspflicht mit den Kantonen wahrnehmen will. Damit wird der bereits eingeschlagene und unter Beweis gestellte erfolgreiche Weg zur Stärkung des bestehenden dualen Bildungssystems weiterverfolgt.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen VSEI
Zentralsekretariat



Michael Tschirky
Zentralpräsident



lic. iur. Richard Permann
Leiter Rechtsdienst

Richard Permann_Änderung BiZG_Anhöring bis 15. Oktober 2015_Version 1